

## ePA bleibt unbeliebt

Nur ein Bruchteil der gesetzlich Versicherten nutzt offenbar aktiv die digitale Patientenakte (ePA). Das zeigt eine Umfrage des Redaktionsnetzwerks Deutschland bei mehreren großen Krankenkassen, die zusammen mehr als die Hälfte des Marktes abdecken. Versicherte können in der ePA eigene Gesundheitsdaten einsehen, ältere Dokumente hochladen oder die Zugriffsmöglichkeiten von Ärzten beschränken.

Bei den befragten Krankenkassen sei der Anteil der aktiven Nutzer im Verhältnis zur Zahl der angelegten E-Akten seit Juli 2025 lediglich um einen Prozentpunkt auf nunmehr 3,6 Prozent gestiegen, so das Ergebnis.

*tas/Quelle: Deutsches Ärzteblatt*

## BZÄK empfiehlt Herstellerabgabe

Neben anderen Organisationen wie der Bundesärztekammer und mehreren Fachgesellschaften spricht sich auch die Bundeszahnärztekammer für die Einführung einer bundesweiten Herstellerabgabe auf zuckerhaltige Softgetränke aus.

In einer Pressemitteilung warnt die Bundesorganisation vor den gesundheitlichen und ökonomischen Folgen eines unverändert hohen Zuckerkonsums. Neben allgemeinmedizinischen Risiken wie Übergewicht und Diabetes sei in der Zahnmedizin vor allem Karies ein Problem der zuckerreichen Ernährung. Besonders bedenklich sei, dass viele Kinderprodukte zu stark gesüßt sind – oft mit versteckten Zuckerarten. Gleichzeitig sei die Situation des deutschen Gesundheitswesens finanziell angespannt.

Als möglichen Lösungsansatz schlägt die Bundeszahnärztekammer folgende Maßnahmen vor:

- die Einführung einer verständlichen, verpflichtenden Lebensmittelkennzeichnung
- die Reduzierung von Zucker in Lebensmitteln für (Klein-)Kinder und eine klare Kennzeichnung
- deutliche Werbebeschränkungen für stark zuckerhaltige Lebensmittel
- die Einführung von Herstellerabgaben für stark zucker- und/oder säurehaltige Softdrinks

„Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass solche Herstellerabgaben die Rezepturen wirksam zuckerärmer machen. Die Einnahmen sollten zweckgebunden in die Prävention fließen. Eine kluge Ernährungs- und Präventionspolitik kann somit beidem begegnen: Sie schützt insbesondere Kinder und Jugendliche und entlastet zugleich das Gesundheitssystem“, betont BZÄK-Präsidentin Dr. Romy Ermler.

Wissenschaftler der Universität Oxford und der TU München kommen zu dem Schluss, dass eine Limo-Abgabe in Deutschland Hunderttausende Krankheitsfälle verhindern und bis zu 16 Milliarden Euro an Gesundheitskosten einsparen könnte.

*tas/Quelle: BZÄK*

## Bürokratie kostet Arbeitskraft

Die Unternehmen in Deutschland mussten in den letzten drei Jahren 325 000 zusätzliche Arbeitskräfte einstellen, um alle gesetzlichen Vorgaben und Dokumentationspflichten zu erfüllen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Demnach bewerteten 14 Prozent der Unternehmen in Deutschland ihre bürokratische Belastung im Jahr 2025 als sehr hoch. Zum Vergleich: 2022 lag dieser Wert noch bei vier Prozent. Jeder zehnte Betrieb musste wegen der steigenden Bürokratielasten mehr Personal einstellen. Jeweils 30 Prozent der Großbetriebe mit mindestens 250 Beschäftigten und der mittelgroßen Betriebe mit 50 bis 249 Beschäftigten gaben bei der Umfrage an, seit 2022 zusätzliches Personal für Verwaltungsaufgaben rekrutiert zu haben. Demgegenüber stellten nach eigenen Angaben 16 Prozent der Betriebe mit zehn bis 49 Beschäftigten und sieben Prozent der Kleinstbetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten mehr Personal ein, um gesetzliche Anforderungen zu erfüllen.

Insgesamt beklagten 80 Prozent der Betriebe höhere Kosten als Folge von gestiegener Bürokratie. Dies zog zum Teil einen Produktivitätsverlust nach sich, berichteten 55 Prozent der Betriebe. Weitere 15 Prozent gaben Wettbewerbsnachteile an und 16 Prozent – vorwiegend Großbetriebe – sahen in den gestiegenen Aufwendungen auch eine Hürde für Innovationen.

*tas/Quelle IAB*